

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) **Bundespräsident Walter Scheel bei einer technischen Zwischenlandung in Schanghai**

Zum ersten Mal betrat am 21. April 1978 ein deutsches Staatsoberhaupt chinesischen Boden. Der Anlaß der Zwischenlandung in Schanghai war allerdings rein technischer Natur. Der Bundespräsident, der vorher Japan besucht hatte und sich auf dem Wege nach Teheran befand, hatte die Zwischenlandung einlegen müssen, weil die vollbeladene Luftwaffen-Boeing 707 von der kurzen Piste in Osaka aus nur mit halbgefülltem Tank hatte starten können.

Gleichwohl ließ es sich die chinesische Führung nicht nehmen, ein Politbüromitglied, P'eng Ch'ung, als Empfangschef abzuordnen. Ursprünglich hatte Peking sogar einen offiziellen Besuch Scheels in Peking vorgeschlagen. Schließlich aber hatte man sich lediglich auf ein 120-Minuten-Programm in Schanghai geeinigt. Man traf sich zu einem ausgiebigen Essen am Rundtisch, hielt kurze Reden (Scheel verwies darauf, daß er 1972 als Außenminister das Kommunique für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet habe und versicherte sich des hohen Standes der Beziehungen zwischen beiden Ländern). (Bericht von Bernt Conrad aus Schanghai, Die Welt, 22.4.78).

(2) **Li Chiang in Bonn**

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VR sollen ausgeweitet werden. Dies ist das wichtigste Ergebnis der Unterredung des chinesischen Außenhandelsministers Li Chiang mit Bundeskanzler Schmidt und Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff. Li Chiang ist das erste Pekinger Kabinettsmitglied, das die Bundesrepublik besucht hat. Die Delegation Lis führte in der Bundesrepublik vor allem Gespräche über die Nutzung der chinesischen Kohlevorräte und über eine Verbreiterung der chinesischen Industrie vor allem durch Projekte der Elektro-Industrie, der Chemie und der Metallurgie. Während der Unterredungen wurden vom chinesischen Außenhandelsminister Regierungskredite abgelehnt, das Finanzierungsinstrumentarium der Banken sei als ausreichend bezeichnet worden. Dagegen stünden die vorhandenen Kredite mit verlängerten Zahlungszielen zur Debatte. Die Bundesrepublik ist das einzige EG-Land mit einem deutlichen Überschuß im China-Handel. Seit 1972 hat sich der deutsche Exportüberschuß gegenüber China auf 3,3 Mrd.DM kummuliert. 1977 schrumpfte der deutsche China-Export um 26,6% auf 1,2 Mrd.DM. Die Einfuhren nahmen um 2,3% auf 665 Mio.DM ab. In den ersten beiden Monaten 1978 stiegen die deutschen Ausfuhren, verglichen mit der gleichen Zeit des Vorjahres, um 145,2% auf 309 Mio.DM. Die Einfuhren erhöhten sich um 10,8% auf 113 Mio.DM.

WESTEUROPA

(3) **Stellungnahme zum Terrorismus und zur Moro-Entführung**

Die Peking Rundschau (Nr. 14, 1978) hält erneut Chinas Standpunkt zum internationalen Terrorismus im Zusammenhang mit der Moro-Entführung in Italien fest. Ausgangspunkt ist eine Polemik der sowjetischen Wochenschrift "Neue Zeit", die feststellte, es gebe einen direkten oder indirekten Zusammenhang zwischen Peking und der jüngsten Entführung des Vorsitzenden der italienischen Christ-Demokratischen Partei Aldo Moro durch die Roten Brigaden. Dies wird als Verbreitung antikommunistischer völkerverhetzender Schmierereien und Lügen von der Pekinger Zeitschrift bezeichnet; die Redakteure und der Verfasser seien würdige Anhänger von Goebbels. Die Passage zum Terrorismusproblem lautet folgendermaßen: "Es ist allgemein bekannt, daß die chinesische Regierung und das chinesische Volk individuelle terroristische Akte wie Entführung und Mord weder befürworten noch unterstützen. Wir sind Marxisten und vertreten seit jeher die Auffassung, daß der revolutionäre Kampf ein Kampf der Massen ist und der Sieg nur errungen werden kann, wenn die Massen mobilisiert werden und wenn man sich auf sie stützt. Die Marxisten bekämpfen seit jeher den individuellen Terrorismus und sind der Auffassung, daß er dem revolutionären Kampf der Massen schadet."

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(4) **Breschnew wohnt militärischen Übungen der Sowjetarmee nahe der sibirisch-chinesischen Grenze bei**

Anfang April besuchte der sowjetische Partei- und Staatschef in Begleitung von Verteidigungsminister Dimitri Ustinow auf einer Rundreise Gebiete entlang der sino-sowjetischen Grenze am Amur und Ussuri, wo es 1969 zu schweren Grenzauseinandersetzungen zwischen sowjetischen und chinesischen Truppen gekommen war.

Der Besuch wurde in der Prawda von einem ausführlichen Artikel begleitet, der auf die sino-sowjetischen Grenzabmachungen von 1969 einging. An der Absicht Breschnews, sich an die Adresse Chinas zu wenden, konnte also kein Zweifel bestehen.

Am 9. März hatte das chinesische Außenministerium ein Angebot des Obersten Sowjets auf Normalisierung der Beziehungen im Grenzbereich mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Sowjets statt leerer Worte zuerst einmal ihre guten Absichten durch "echte Taten" beweisen sollten. Vor allem müßten sie die im September 1969 zwischen Chou En-lai und Kossygin auf dem Pekinger Flughafen getroffenen Abmachungen einhalten (Näheres dazu C.a. April 1978, Ü 4). Die Prawda wies in ihren Ausführungen darauf hin, daß solche Abmachungen (nämlich über die Aufrechterhaltung des Status quo an der

Grenze, über den Rückzug der sowjetischen Truppen von der Grenze und über den Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus der Mongolischen Volksrepublik) nie getroffen worden seien. In den Verhandlungen von 1969 seien die beiden Ministerpräsidenten lediglich darin übereingekommen, bewaffnete Grenzkonflikte in Zukunft zu vermeiden. Daran habe sich die Sowjetunion gehalten, nicht aber China.

Breschnew besichtigte u.a. ein Manöver in der Umgebung der Stadt Chabarowsk, das an einer für die beiderseitige Grenzschiifahrt entscheidenden Stelle liegt. Nach Angaben der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS zollte Breschnew den beteiligten Truppen - es handelte sich um Panzer-, Artillerie- und Luftabwehr-Einheiten sowie um Kampfflieger - Lob für ihren geschickten Umgang mit den modernen Waffen und rief sie auf, ihre Kampfausbildung und ihre politische Schulung zu vervollkommen. Breschnew besuchte auch noch Nowosibirsk und Wladiwostok, den größten sowjetischen Hafen am Japanischen Meer.

(5) Nun doch Parteikontakte mit Jugoslawien?

Anfang April traf die erste chinesische Parteidelegation in Jugoslawien ein. Beim Besuch im jugoslawischen Parteipräsidium wurde nach Mitteilung der Nachrichtenagentur Tanjug der dreiwöchige "Studienaufenthalt" der Delegation der chinesischen KP als ein "weiterer Beitrag zur Förderung von Parteibeziehungen und der Zusammenarbeit zwischen dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens und der KP Chinas" bezeichnet. Der Besuch einer jugoslawischen Studiendelegation in China soll folgen.

Nachdem Tito jahrelang als "Erzrevisionist" gegolten hatte, war es 1968 - und zwar im Anschluß an den Einmarsch der Sowjetunion in Prag - zur ersten Wiederannäherung zwischen Jugoslawien und Peking, allerdings erst auf Staatsebene, gekommen. Der Chinabesuch Titos im September 1977 öffnete dann die Schleusen für die Aufnahme von Parteibeziehungen, die nunmehr in ein ernstes Stadium getreten zu sein scheinen.

AFRIKA UND NAHOST

(6) Stellungnahme zur Rhodesien-Frage

Am 14. März nahm der UNO-Sicherheitsrat eine Resolution an, die jede Art von "interner Lösung" unter der Schirmherrschaft der Smith-Regierung für illegal erklärt und alle Länder dazu aufruft, keine derartige Lösung anzuerkennen. China stimmte diesem Kampf gegen "Tricks" wie "interne Lösung", "parlamentarische Wahlen" etc. voll zu und plädierte dafür, daß die "Volksmassen von Zimbabwe (=Rhodesien) die Macht im bewaffneten Kampf erringen" sollten.

Wenn die Smith-Regierung überhaupt mit dem Instrument der "internen Lösung" arbeiten könne, so nur wegen der Unterstützung durch beide Supermächte. Die Sowjetunion vor allem habe durch ihre ständigen Infiltrationsversuche im südlichen Afrika die Einheit der Frontstaaten geschwächt.

(PRu 1978, Nr. 14, S. 30)

(7) Somalias Präsident Siad Barre in Peking und die Diskussion um Moskaus Afrikastrategie

Vom 14.-18. April stattete Mohammed Siad Barre, somalisches Staatsoberhaupt und Generalsekretär der Somalischen Revolutionären Sozialistischen Partei der VR China seinen dritten offiziellen Besuch ab, also nur wenige Wochen, nachdem sich in der Region Ogaden das Kriegsschicksal gegen ihn gewandt hatte.

Wie zu erwarten, stand die "hegemonistische" Politik der Sowjetunion und die Entwicklungshilfefrage im Mittelpunkt der Gespräche. Siad Barre wies mit Nachdruck darauf hin, daß seine Regierung zwei Friedenszonen wünsche, nämlich eine im Roten Meer und die andere im Indischen Ozean. Beide Wasserflächen sollten nicht Meere der Konfrontation, sondern des Friedens werden (PRu 1978, Nr. 16, S. 3 f.).

Was die wirtschaftliche Seite anbelangt, so wurde ein Abkommen über eine verstärkte wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Die chinesische Hilfe umfaßt z.Zt. den Bau einer 1040 km langen Straßenverbindung zwischen Beletun Uein im Süden und Burao im Norden des Landes, die gerade fertiggestellt worden ist, sowie Wasserversorgungsanlagen im ländlichen Bereich, ferner eine 1977 in Betrieb genommene Frauen- und Kinderklinik und das große Sportstadion in Mogadischu.

Seit dem Bruch zwischen Somalia und der Sowjetunion im November 1977 sind zahlreiche sowjetische Entwicklungshilfeprojekte zum Erliegen gekommen, die nun mit Hilfe der USA und der EG (hier vor allem Italien und Bundesrepublik), nicht zuletzt aber auch von China weitergeführt werden sollen. Die Sowjetunion hatte bis 1977 den größten Anteil bilateraler Entwicklungshilfe und zwar sowohl auf militärischem als auch auf zivilem Gebiete geleistet. Die zivile Hilfe soll sich in der Zeit zwischen 1961 und 1974 auf rd. 180 Mio.\$ belaufen haben; erst im weiten Abstand folgten dann als Entwicklungshelfer der ehemalige Kolonialherr Italien, Abu Dhabi und China mit jeweils ungefähr rd. 100 Mio.\$ Beitrag. Ein Großteil der sowjetischen Gelder floß, liefergebunden, in den Aufbau des agroindustriellen Sektors, aber auch in wichtige Infrastrukturprojekte, so den Hafen von Berbera, Öltankanlagen in Mogadischu und Kisimaju, einen Flughafen bei El Bur im Süden und in einen Staudamm, mit dem ein Elektrizitätswerk betrieben und eine 20.000 ha große Farm bei Fanol bewässert wurde.

Es ist denn auch kein Zufall, daß sich das neue somalisch-chinesische Abkommen auf den Bau von Bewässerungsanlagen bezieht, ohne daß das konkrete Projekt bekannt geworden wäre.

Im Zentrum der Entwicklungsanstrengungen Somalias stehen Landwirtschaft und Infrastruktur. Rund vier Fünftel der Bevölkerung leben von der Landwirtschaft oder der nomadischen Viehzucht. Erstere erzielt 12%, letztere 50% des BSP. Mit Hilfe einer effektiveren Bewässerung könnte der Landwirtschaftsanteil erhöht werden. Da im übrigen Somalia z.Zt. eine Geburtenrate von 2,8% (bei insgesamt 3,5 Mio. Einwohnern) aufweist, muß jährlich ein zusätzliches Arbeitskräftepotential von rd. 43.000 Menschen absorbiert werden. Angesichts des gegebenen Wirtschaftsstandes kommt lediglich die Landwirtschaft als Aufnahmesektor in Betracht.

Ungeachtet der engen somalisch-chinesischen Zusammenarbeit hat China sein altes Bündnis mit Äthiopien aufrechterhalten. Es schien zwar zunächst,

als hätte China im Konflikt zwischen Somalia und seinem Nachbarn Äthiopien einseitig Partei für Mogadischu ergriffen. Schon wenige Tage nach dem Chinabesuch Barres jedoch unterzeichneten Vertreter Chinas und Äthiopiens in Peking eine Vereinbarung über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Sports. Diese Vereinbarung hat, so unbedeutend sie sonst sein mag, zweifellos Demonstrationseffekt.

China hat sich mit diesem Schritt keineswegs in Widerspruch zu seiner Stellungnahme für Somalia gesetzt. Auch im somalisch-äthiopischen Krieg hatte sich Peking ja jeglicher Kritik an der Regierung in Addis Abeba enthalten und die Lage am Horn von Afrika ausschließlich als Folge der sowjetisch-kubanischen Einmischung hingestellt.

Im Zusammenhang mit dem Barre-Besuch brachte Hung-ch'i (1978, Nr. 4) einen Grundsatzartikel über die strategischen Ziele der Sowjetunion in Afrika: Angola, Zaire und das Horn von Afrika seien Einzelziele im Zuge einer systematischen Globalstrategie der Sowjetunion gewesen. Moskau versuche mittels lokaler Kriege strategisch wichtige Gebiete Stück für Stück an sich zu reißen. Hierbei bilde Europa den strategischen Schwerpunkt des Ringens um die Welt-herrschaft mit den USA, während der Mittlere Osten und Afrika als Flanken für die Eroberung Europas eingenommen werden müßten. Moskau begehre das Erdöl des Mittleren Ostens und Afrikas und wolle außerdem die beiden wichtigen Versorgungslinien für Europa, nämlich vom Indik durch das Rote Meer ins Mittelmeer und vom Indik über das Kap der Guten Hoffnung über den Atlantik via Westeuropa oder USA kontrollieren. Die in Angola, Zaire und am Horn von Afrika von der Sowjetunion angezettelten Kriege seien Randkriege im Ringen um das strategische Zentralfeld.

Moskau habe zwar eine Reihe von Niederlagen hinnehmen müssen, nämlich in Ägypten, im Sudan und in Somalia; es sei dadurch allerdings nicht entmutigt worden und trete als "Sozialkolonialist neuester Prägung" ganz nach dem Schema der alten Kolonialisten auf, indem es sich seiner bewährten Listen bediene, nämlich des "Teile und Herrsche", des Einsatzes eines Teils der Bevölkerung im Kampf gegen den anderen, des Einsatzes von Söldnern als Vorhut, der Aggression unter dem Deckmantel von Hilfe und Unterstützung usw.

Die drei großen Angriffe in Afrika seien jeweils einem Beschwichtigungsversuch auf dem Fuße gefolgt:

- unmittelbar nach der Europäischen Sicherheitskonferenz ereignete sich der Angola-Vorfall;
- kurz vor den amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen im März 1977 kam es zum Zaire-Vorfall;
- schließlich folgte unmittelbar im Anschluß an die amerikanischen Zugeständnisse über strategische Waffen im September 1977 der Vorfall am Horn von Afrika.

Der Weg führe von lokalen Kriegen bis hin zum Weltkrieg. Die Gefahr eines Dritten Weltkriegs wird größer. Die Dritte Welt muß sich noch enger zusammenschließen und beharrlich kämpfen.

Somalia hat an dieser Stelle z.Zt. einen bedeutenden Stellenwert.

(8) Unterstützung der SWAPO

Auf einer Sondertagung des Namibia-(Südwestafrika)-SWAPO Ausschusses der UNO vom 20.-23. März in Lusaka wurde die "Lusaka-Deklaration" angenommen, in welcher der von der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) geführte Befreiungskampf bekräftigt wird. Die SWAPO kämpft seit 1966 gegen die Vorherrschaft Südafrikas. Sie wird dabei unterstützt von der OAU, von den meisten Ländern der Dritten Welt und von der VR China. U.a. hat die UNO-Vollversammlung und der Sicherheitsrat im Laufe der Jahre mehrere Resolutionen angenommen, in denen der Abzug der südafrikanischen Streitkräfte aus Namibia und die Machtübergabe an das namibische Volk gefordert wurde.

Südafrika wünscht demgegenüber eine "friedliche Lösung", indem es eine "Verfassungskonferenz" zur Bildung einer provisorischen Regierung einberuft, die nach Lage der Dinge heute unter südafrikanischer Obhut stünde. Dazu der chinesische Kommentator (PRU 1978, Nr. 16, S. 19): "Das Vorster-Regime griff zu dem Trick der 'internen Lösung', um die Einheit des namibischen Volkes und seinen Kampf zu untergraben und seine Kolonialherrschaft aufrechtzuerhalten." Peking stellt sich hinter die SWAPO, die allgemeine Wahlen unter UNO-Aufsicht verhindern will, die den Abzug der südafrikanischen Truppen aus Südwestafrika verlangt und die außerdem - im Gegensatz zur Erklärung Südafrikas vom 1. September 1977 - der Meinung ist, daß die Walfisch-Bay zu Namibia gehört - nicht etwa zu Südafrika."

Die Sowjetunion und die USA werden der Unterstützung des Vorster-Regimes beschuldigt.

ASIEN

(9) Beziehungen zwischen China und Thailand noch enger

Vom 29.-31. März besuchte der neue thailändische Ministerpräsident Kriangsak Chamanand die VR China. Im Mittelpunkt des Besuches stand das hohe Lob Chinas für die ASEAN. Ferner kam es zum Abschluß eines Handelsabkommens sowie eines Abkommens über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Außerdem kündigten Hua Kuo-feng und Teng Hsiao-p'ing an, daß sie demnächst dem südostasiatischen Staat getrennte Besuche abstatten wollten.

Die so ungemein rasche Verbesserung der Beziehungen zwischen China und jenem Thailand, das noch bis zum Ende des Vietnam-Kriegs als Hauptbasis des "US-Imperialismus" in Südostasien kritisiert worden war, ist zurückzuführen auf die gemeinsamen Befürchtungen beider Länder gegenüber Vietnam und der hinter Vietnam stehenden Großmacht Sowjetunion. Die ASEAN wird in dem Maße für Peking interessanter, als Vietnam sein anfänglich bekundetes Interesse daran verliert.

(10) Kämpfe an der chinesisch-vietnamesischen Grenze

Wie der in Hong Kong stationierte Fernost-Korrespondent des schwedischen Rundfunks, Rulf Soderberg, unter Berufung auf "offizielle Kreise in

Hanoi" berichtete, sei es Anfang März zu regelrechten Panzerschlachten zwischen chinesischen und vietnamesischen Verbänden gekommen. Vietnams stellvertretender Außenminister Phan Hien soll am 22. März in Begleitung des chinesischen Botschafters in Hanoi nach Peking gekommen sein, um dort den Grenzstreit zu erörtern. Soderberg hatte diese Informationen während einer Informationsreise erhalten, die die schwedische Außenministerin Karin Söder unternahm.

Das chinesische Außenministerium hat solche Kämpfe jedoch offiziell dementiert.

Ernsthafte Spannungen um Territorialfragen bestehen nicht direkt an der chinesisch-vietnamesischen Territorialgrenze, sondern vielmehr im Inselbereich. Beide Staaten beanspruchen die Spratleys und die Paracels. Die Spratley-Inseln befinden sich zur Zeit in vietnamesischer, die Paracel-Inseln seit dem chinesischen Seemanöver vom Frühjahr 1974 unter chinesischer Kontrolle.

Zu Spannungen an der gemeinsamen Grenze könnte es höchstens im Zusammenhang mit Kambodscha kommen. Meldungen aus Bangkok zufolge (IHT, 24.4.78) ist Peking heute der Haupt-Waffenlieferant für Kambodscha. Sein Ziel besteht darin, die kambodschanische Bauernguerilla in eine konventionelle Armee mit hoher Schlagkraft umbauen zu helfen. U.a. soll China radarkontrollierte Flakgeschütze, 130-mm-Haubitzen und Panzer nach Kambodscha geliefert haben. Chinesische Techniker und Ratgeber sollen sich zu "mehreren Tausend" in Kambodscha befinden, wobei unklar ist, ob sie für militärische oder zivile Projekte eingesetzt sind.

Diesen Spekulationen zufolge übt China möglicherweise auch Druck militärischer Art auf Vietnam und das nördliche Laos aus, um Hanoi von weiteren Angriffen auf Kambodscha abzubringen.

AUSLÄNDER UND DIE VR CHINA

(11) Ausweitung des Tourismus

Die chinesischen Behörden versuchen mit Nachdruck, in China günstige Bedingungen für den ausgeweiteten Tourismus herzustellen. So hat ab 1. April eine neue Eisenbahnlinie den Transport von ausländischen Touristen und Überseechinesen zur Großen Mauer übernommen (SWB, 14.4.78). Spezielle Touristenzüge kommen auch in einer ganzen Reihe von anderen Städten zum Einsatz. Das Provinz-Revolutionsskomitee Hopei hielt weiter eine Konferenz zum Thema Überseechinesen-Tourismus ab (SWB, 6.4.78). Dort wurde beschlossen, den Tourismus auszuweiten und bestimmte revolutionäre und geschichtliche Gedenkstätten dem Publikum zugänglich zu machen sowie mehr Punkte mit Sehenswürdigkeiten einzurichten. Ein Provinz-Tourismusbüro wurde begründet, und man kann wohl davon ausgehen, daß ähnliche Ämter in allen Provinzen eingerichtet werden. Eine ähnliche Konferenz der Provinz Heilungkiang (SWB, 18.4.78) stellte fest, daß 1978 die Zahl der Touristen enorm ansteigen werde. Es handele sich besonders um mehr Ingenieure, technisches Personal und Spezialisten. Mit Nachdruck wurde die Ausbildung von Touristikpersonal, die "Propaganda gegenüber dem Ausland" und die Verbesserung und Neueinrichtung von Touristikplätzen diskutiert.

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

DER AUSSENPOLITIK

(12) China spricht sich für den Bau von Kernkraftwerken und für den Kampf gegen den Atomwaffensperrvertrag aus

Die Diskussion um Kernkraftwerke und Kern-Bomben wird von China fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen die Monopolisierung der Kernenergie durch die beiden Supermächte geführt. Dies zeigt erneut ein Artikel von Hsin Ping (PRu 78/15, S. 10 ff.), der zunächst affirmativ die Entwicklung auf dem Gebiet des Baus von Kernkraftwerken nachzeichnet. 1959 gab es ein Kernkraftwerk nur in einem einzigen Land (England), 1968 waren es neun, 1975 sechzehn Länder. Die durch Kernenergie gewonnene Elektrizität betrug 1975 weltweit 70 Millionen kW, 1980 sollen es rd. 200 Millionen und 1985 zwischen 370 und 530 Millionen kW sein. Im Jahre 2000 sollen 24 bis 33% des gesamten Stroms auf der Welt durch Kernkraftwerke erzeugt werden. "Die bisherigen Erfolge zeigen, daß die Nutzung der Kernenergie wirtschaftlich effektiver als Erdöl, Kohle und Erdgas ist. Die Kernenergie eröffnet der Menschheit neue Perspektiven für die Energieversorgung."

In den Ländern der Zweiten Welt seien auf dem Gebiet der Kernkraftwerke ohnehin große Fortschritte erzielt worden. Neuerdings wendeten sich aber auch Länder der Dritten Welt diesem Sektor zu, wie Brasilien, Argentinien, Chile, Mexiko, Indien, Pakistan, Ägypten und Libyen.

Es ist bezeichnend, daß die Volksrepublik China im vergangenen Jahr noch fast jede größere Demonstration und jeden Streik in der Bundesrepublik aufgezählt hat, dabei allerdings nie die Anti-AKW-Kampagnen mit auch nur einem Wort erwähnte, obwohl sich daran die maoistischen Gruppen besonders stark beteiligt hatten. Auch in dem Aufsatz von Hsin Ping wird nicht die Opposition der Volksmassen, sondern einzig und allein der Widerstand durch die beiden Supermächte erwähnt, die verhindern wollten, daß ihr Kernmonopol beeinträchtigt werde. Die USA hätten daher schon 1975 die Einrichtung eines "multinationalen Zentrums für Atombrennstoffe" vorgeschlagen, um die anderen Länder an der selbständigen Gewinnung von Plutonium zu hindern. Die Sowjets andererseits unternähmen alles, um wenigstens die osteuropäischen Länder von einer nuklearen Eigenentwicklung abzuhalten. U.a. hätten sie von über 90% des tschechoslowakischen Uranerzes Besitz ergriffen. Aber auch international gäben sie sich alle Mühe, die weltweite Entwicklung der Kerntechnik und -industrie zu durchkreuzen. Sie drängten erstens auf weltweite Unterzeichnung des 1968 gemeinsam mit den USA abgefaßten Atomsperrvertrags. Sie verlangten zweitens die Einführung eines "Systems der internationalen Sicherheitsgarantie und Überwachung", das sicherstellen sollte, daß die Internationale Atomenergieorganisation sämtliche nuklearen Aktivitäten kontrollieren könne, und sie arbeiteten drittens auf die Neugestaltung des "Atomclubs" hin. Schon 1976 habe Moskau gemeinsam mit Washington den "Londonclub" einberufen, dem fünfzehn Staaten angehören und der die "Richtlinien für den Nuklearexport" ausarbeiten soll.

Der Kampf gegen diese Monopolisierungstendenzen gehe aber weiter. Sichtbarer Ausdruck dafür seien die Lieferungen von Kernkraftwerken der Bun-

desrepublik an Brasilien, und Frankreichs an Pakistan. Außerdem hätten im Juli 1977 Frankreich und die Bundesrepublik gemeinsam eine Gesellschaft für technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Schnellen Brüter geschaffen, der sich auch Belgien, die Niederlande und Italien angeschlossen haben.

Auch im Bereich der Kernenergie zeige sich also eine wachsende Zusammenarbeit zwischen Zweiter und Dritter Welt.

INNENPOLITIK

(13) **Offizielle Verteidigung der Führungsposition Teng Hsiao-p'ings**

In dem für Auslandschinesen gedachten Blatt "Europäische Nachrichten" vom 1.4.78 ist ein bemerkenswerter Artikel über Teng Hsiao-p'ing an hervorgehobener Stelle abgedruckt. Der Artikel enthält eine offene Verteidigung Tengs gegen die westliche Presse und gegen westliche Analytiker, die behaupteten, weil Teng nicht "Staatspräsident" und nicht "Ministerpräsident" geworden sei, habe er in der Führung doch eine einigermaßen nachgeordnete Bedeutung. Rein formal zeigt dieser Kommentar die neue Linie Pekings, auch zu westlichen Analysen über China einen Kommentar abzugeben, was früher vollständig unterblieb. Natürlich endet dieser Kommentar mit der Bemerkung, was die Ausländer so analysierten, sei doch schließlich Geschwätz um das man sich nicht kümmern müsse. Die Teng Hsiao-p'ing selbst betreffende Argumentation betont seine wichtige Stellung in der Partei und der Armee. Er habe schließlich alle Posten auf dem XI. Parteitag zurückgehalten, sei nicht einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten, sondern der erste unter ihnen, der faktisch die Amtsgeschäfte führe. Schließlich habe er als Vorsitzender der Politischen Konsultativkonferenz in diesem Amt keinen geringeren als Chou En-lai abgelöst. Bemerkenswert ist der Satz: "Wenn er wirklich nur ein Zehntel Ehrgeiz besessen hätte, hätte er nur die Hand ausstrecken brauchen und den Posten des Ministerpräsidenten bekommen. Aber Teng Hsiao-p'ing ist kein Ehrgeizling, er ist ein Mann großen Zuschnitts..." Er habe sogar dem Volke gegenüber Überzeugungsarbeit geleistet, damit man das in der Tien-an-men-Affäre fehlgegangene Politbüromitglied Wu Teh dennoch unterstütze. Und der Höhepunkt: Teng handle voll nach dem Modell des Mao-Tse-tung-Denkens. Der Kommentator wünscht sich noch viele Chou En-lais und viele Teng Hsiao-p'ings, die "wenig leere Worte machen und viel konkrete Arbeit leisten". Tengs weitere Hauptaufgabe sei der Bereich der Erziehung und Wissenschaften, wie noch seine Rede auf der Wissenschaftskonferenz im März bewiesen habe. Eine Lanze also für Teng, der höher gekannt habe, aber nicht wollte, mit dem Parteivorsitzenden Hua harmoniere und seinen politischen Gegnern in der obersten Führung, die mit der Vierergruppe zusammen arbeiteten, verzeiht.

Wem kann ein solcher Artikel nützen? Er dürfte wohl aus dem Umkreis von Teng angeregt sein, ebenso wie der verstärkte Kult um Chou En-lai eindeutig zur Stützung der Position Tengs gedacht ist.

(14) **Endgültige Rekonstituierung aller Massenorganisationen bis Ende des Jahres**

Bis September und Oktober des Jahres 1978 sollen die Massenorganisationen der Volksrepublik, die während der Kulturrevolution untergegangen waren, wieder bis auf nationaler Ebene rekonstituiert sein, schon vor einigen Jahren hatte man einen Anlauf in dieser Richtung gemacht. Da aber diese Entwicklung eine Stärkung der Linken Fraktion zu werden drohte, war das ganze Unternehmen im Keim erstickt worden. Nun ist offiziell angekündigt worden, daß etwa der Nationale Frauenkongreß im September stattfinden soll (SWB, 25.4.78). Insgesamt sollen bis Jahresende der Allchinesische Jugendverband der Partei neu gegründet werden, ebenso wie die Organe der armen Bauern und unteren Mittelbauern, der Allchinesische Gewerkschaftsbund und die Kinderorganisation unter dem Jugendverband der Partei (vgl. den Provinzbericht Kueichou, SWB, 14.4.78 dazu).

(15) **Weitere Parteikongresse auf Provinzebene**

Da die ursprüngliche Planung, die jeweiligen Provinz-Parteitage noch vor dem Nationalen Parteitag des Vorjahres abzuhalten, sich aus Termingründen nicht verwirklichen ließ, wurden im März und April noch eine Reihe von Partei-Kongressen auf Provinzebene nachgeholt, so z.B. in Kueichou (SWB, 14.4.78), in Kuangtung (SWB, 12.4.78) und in Shansi (SWB, 6.4.78). Einige der Berichte, die auf den Provinz-Parteitagen vorgetragen wurden, warten mit relativ deutlichen Einzelheiten über den prospektiven Aufbau in den Provinzen, der für die kommenden Jahre vorgesehen ist, auf und verbreiten sich über die eben abgeschlossene personelle Parteireinigung. Von Kueichou heißt es z.B., daß die entfernte linke Parteigruppe bereits in Briefen der Vierergruppe ihre Loyalität ausgedrückt hätte. Die Wirren des Machtkampfes auf Provinzebene hätten viele Fabriken und Betriebe ins Chaos gestürzt. Die Provinz habe etwa 4,2 Mrd. Yuan an Industrieproduktion verloren, über 120.000 t Stahl und dazu eine Einbuße von 1,2 Mrd. Yuan an Finanzeinkommen zwischen den Jahren 1974 und 1976 erlitten. Die Parteireinigung zwischen September 1977 und Januar 1978 sei nun endgültig abgeschlossen. Nach dem Staatsplan solle 1985 Kueichou eine der vierzehn stärkeren Industriebasen des Landes werden und ein "konsolidiertes, strategisches Hinterland koordinierter Entwicklung von Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie". Bis zum Ende des Jahrhunderts sollen in der Provinz ein Stahlwerk von der Größe des Anshan-Werkes und zwei Kohlengruben von der Größe Kailuans gebaut werden. Im Bereich der Erziehung soll bis 1985 in den ländlichen Gebieten eine achtjährige Ausbildung eingeführt sein und in den Städten eine zehnjährige Schulung. Als Ziel der Geburtenkontrollarbeit auf Provinzebene soll innerhalb von drei Jahren der Bevölkerungswachs auf eine Rate von unter zehn pro Tausend herabgedrückt werden.

(16) **Wie Geheimdokumente aus Partei und Regierung in Umlauf gerieten und ins Ausland gelangten**

In einer Polemik gegen einen regionalen Parteisekretär der Inneren Mongolei (SWB, 10.4.78) sind aufschlußreiche Informationen über den Prozeß der Weitergabe von Geheimdokumenten der Partei und Regierung enthalten. An diesem Beispiel wird deut-